

# Maximilianeum

Das Online-Magazin des Bayerischen Landtags

Jahrgang 2 | Ausgabe Nr. 4 | Mai 2008

## EU-Reformvertrag stärkt Landtage Mehr Mitwirkungsrechte der Regionalparlamente

*Der am 23. Mai im Deutschen Bundesrat verabschiedete EU-Reformvertrag soll Europa handlungsfähiger, demokratischer, transparenter und bürgernäher machen. Wichtig aus der Sicht der Länder und Regionen ist dabei vor allem die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips: Die Regionalparlamente und Landtage erhalten dadurch künftig mehr Mitwirkungsmöglichkeiten.*

Der EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) macht erstmals die Regionalparlamente bzw. Landtage zu Akteuren im europäischen Rechtsetzungsprozess: Über das neue „Subsidiaritäts-Frühwarnsystem“ wird, wenn der Vertrag Anfang 2009 in Kraft tritt, auch der Bayerische Landtag die Möglichkeit erhalten,



*Bayern und Europa: die gehisste Europa-Fahne über dem Maximilianeum als Symbol einer künftig noch engeren Zusammenarbeit.*

*/Foto: Poss*

die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu überwachen. Zur Durchsetzung dieses Prinzips stellt der Reformvertrag den Ländern noch ein weiteres

Instrument zur Verfügung: die „Subsidiaritätsklage“. Der Reformvertrag war im Mai auch Thema im Landtag.

[Lesen Sie mehr ab Seite 3](#)

### Themen

#### Versammlungsrecht

##### Expertenanhörung im Landtag



Seite 6

#### Bürgerkulturpreis 2008

##### Integration ist Leitthema



Seite 9

#### Bahnhöfe

##### Barrierefreier Ausbau



Seite 12

#### Serie „Typisch Bayern“

##### Oberpfalz: Lebensfreude im Überfluss



Seite 13

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Europa als politisches System ist für viele Bürger oft nur schwer (be)greifbar. Dabei hat die Europäische Union mittlerweile Einfluss auf nahezu alle unsere Lebensbereiche. Europapolitik ist zur Innenpolitik geworden: Mehr als die Hälfte unserer nationalen Gesetze ist bereits heute europäischen Ursprungs; und im Bereich der Wirtschaft sind es sogar mehr als 80 Prozent.

Mit dem EU-Reformvertrag, der am 23. Mai im deutschen Bundesrat verabschiedet wurde, soll Europa in Zukunft handlungsfähiger, demokratischer, transparenter und bürgernäher werden. Wichtig aus der Sicht der Regionen und Bundesländer ist dabei vor allem die im Vertrag vorgesehene Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Was damit gemeint ist und welche neue Chancen sich daraus für Bayern ergeben, erfahren Sie in unserer Titelgeschichte. [➔ MEHR](#)

Bei einer Expertenanhörung im Landtag zum Versammlungsrecht ist der Gesetzentwurf der Staatsregierung bei Verfassungsrechtlern auf ein geteiltes Echo gestoßen. Während Vertreter von Polizei und Behörden die rechtlichen Klarstellungen bei der Genehmigung von Demonstrationen und Aufmärschen begrüßten, warnten Rechtswissenschaftler und Fachanwälte vor

einer massiven Einschränkung der in der Verfassung verbrieften Versammlungsfreiheit. [➔ MEHR](#)

Nur 200 der rund 1000 Bahnhöfe in Bayern sind barrierefrei – mit dieser Thematik beschäftigte sich im Mai der Wirtschaftsausschuss. Der behindertengerechte Ausbau geht schleppend voran: Bis 2012 sollen lediglich die großen Knotenbahnhöfe Aschaffenburg, Augsburg, Ingolstadt, Passau, Rosenheim und Würzburg sowie München-Pasing und München-Ost befriedigend ausgebaut werden. Für die Ausschussmitglieder und für Landtagspräsident Alois Glück ist das zu wenig. In einem Brief an Bahnchef Hartmut Mehdorn sprach der Landtagspräsident nun von einem für die Betroffenen „unerträglichen Zustand, der unverzüglich behoben werden muss“. Die Konzentration auf Knotenbahnhöfe bedeute zudem eine Abkoppelung des ländlichen Raums auf Jahre hinaus. [➔ MEHR](#)

In unserer Serie „Typisch Bayern“ werfen wir in dieser Ausgabe einen Blick auf die Oberpfalz. Bezirksheimatpfleger Franz Xaver Scheuerer legt in seinem Essay dar, dass es in Bayern wohl

kaum eine Sprachlandschaft gibt, in der so viele Varianten des Bairischen ausgeprägt sind wie in der Oberpfalz. [➔ MEHR](#)

Um junge Leute in Bayern zu motivieren, sich im Vorfeld der Landtags- und Bezirkstagswahlen mit politischen Themen auseinanderzusetzen, starten Anfang Juni das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, der Bayerische Landtag und der Verband bayerischer Bezirke einen Wettbewerb, der Politik und Multimedia miteinander verbindet. Gefragt sind digitale Präsentationen, die aktuelle Landesthemen aufgreifen. Die kreativsten Jugendlichen werden am 24. September in den Landtag eingeladen und dürfen im Plenarsaal ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit und den Medien vorstellen. [➔ MEHR](#)

Viel Vergnügen bei der Lektüre unserer Mai-Ausgabe wünscht Ihnen  
DIE REDAKTION

P.S.: Wir freuen uns, von Ihnen zu hören. Lassen Sie uns wissen, wie Ihnen die Beiträge gefallen bzw. über welche Themen Sie gerne mehr erfahren möchten. Sie erreichen uns unter: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

## Inhalt

Editorial	2
<b>Titelthema</b>	
Europa soll bürgernäher werden	3
Ausschuss der Regionen:	
Interview mit Ursula Männle	5
<b>Aktuelles</b>	
Versammlungsrecht: Expertenanhörung	6
Meinungen der Fraktionen	7
Erhöhung der Abgeordneten-Diäten	8
Mandatswechsel im Landtag	10
Bahnhöfe: Barrierefreier Ausbau	12
<b>Serie</b>	
„Typisch Bayern“	
Oberpfalz –	
Lebensfreude im Überfluss	13
<b>Notizen</b>	
Parlamentarier-Reise nach Quebec	15
Ermächtigungsgesetz: Gedenkstunde im Landtag	16
Schüler-Wettbewerb:	
Politik und Multimedia	17
Quiz der Jugendwebsite, Impressum	18

# Europa soll bürgernäher werden

## EU-Reformvertrag sieht Stärkung des Subsidiaritätsprinzips vor

*Mit dem EU-Reformvertrag, der Anfang 2009 in Kraft treten soll, beginnt für Europa eine neue Epoche: „Europa wird handlungsfähiger, demokratischer, transparenter und bürgernäher“, betonte Europaminister Markus Söder in seiner Regierungserklärung am 6. Mai vor der Vollversammlung. Er kündigte darin einen „Paradigmenwechsel“ hin zu einer echten Subsidiaritätskultur in der EU an. Auch die Fraktionen begrüßen die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips.*

Der Europaminister bezeichnete den [Reformvertrag](#) als großen Fortschritt für Europa und verwies dabei auf die vorgesehene Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat, die Verkleinerung der Kommission und die Stärkung des Europäischen Parlaments. Zudem würden die EU-Bürger mit der „Grundrechtecharta“ erstmals verbindlich geschriebene Grundrechte erhalten. Auch angesichts der Herausforderungen einer globalisierten Welt sei die Stärkung Europas eine notwendige Konsequenz.

### Direkter Einfluss auf die Bürger

Mittlerweile habe die Europäische Union in nahezu allen Lebensbereichen direkten Einfluss auf die Bürgerinnen und Bürger – auch in Bayern. Mehr als die Hälfte der nationalen

Gesetze sei inzwischen europäischen Ursprungs. Und mit dem Inkrafttreten des EU-Reformvertrags würde diese Zahl noch größer werden. „Europapolitik ist zur Innenpolitik geworden“, stellte Markus Söder fest. Vor diesem Hintergrund sei die Stärkung der Rechte der Länder bei der europäischen Gesetzgebung sehr wichtig. „Es reicht nicht – wie vielleicht früher möglich –, darauf zu warten, bis Brüssel entschieden hat, und sich danach zu beschweren.“ Bayern müsse vielmehr „von Beginn an auf den europäischen Entscheidungsprozess eingehen, ihn mit besten Leuten und guten Ideen prägen“, sagte der Europaminister. Zusammen mit Vertretern von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin sei es gelungen, auf Bundesebene die Mitwir-

kungsrechte der Länder bei europäischen Angelegenheiten institutionell auszuweiten.

Die größte Herausforderung im Verhältnis zur EU nannte Söder allerdings die Frage, ob



Europa für bestimmte Politikfelder überhaupt zuständig sei. Über das im Reform-Vertrag neu geschaffene Instrument „Subsidiaritäts-Frühwarnsystem“ werde der Bundesrat erstmals unmittelbar an der europäischen Gesetz-

## So stärkt der Vertrag von Lissabon Kompetenzen der Regionalparlamente

### Subsidiaritäts-Frühwarnsystem und Subsidiaritätsklage

Der Vertrag von Lissabon bringt Verbesserungen für die Länder in der EU-Rechtssetzung: Erstmals überhaupt sind die Regionalparlamente mit ihrer Gesetzgebungsbefugnis ausdrücklich erwähnt. Durch ein sogenanntes [Subsidiaritäts-Frühwarnsystem](#) haben künftig die Landesparlamente die Möglichkeit, frühzeitig, d.h. bereits mit der Vorlage eines EU-Rechtsetzungsentwurfs die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu überprüfen. Die Einbeziehung des Bayerischen Landtags erfolgt über die bayerische Staatsregierung, die ihrerseits die bayerischen Positionen in den Bundesrat einbringt.

Der Bundesrat hat innerhalb einer Frist von acht Wochen die Möglichkeit, diesbezüglich eine Stellungnahme abzugeben. Parallel dazu sind in dieser Zeitspanne auch alle Landesparlamente aufgerufen, sich gegenüber ihren jeweiligen Staatsregierungen zu äußern. Sieht die Hälfte aller nationalen Parlamente die Subsidiarität verletzt, kann dies zum Scheitern des Rechtsetzungsentwurfs führen.

Die Staatskanzlei hat zugesagt, das bayerische Parlament frühzeitig über EU-Vorhaben zu informieren. Dazu gehört auch eine erste Einschätzung der Staatsregierung, ob das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wurde.

Zusätzlich haben Länder die Möglichkeit der [Subsidiaritätsklage](#). Für den Fall, dass auch nur ein Bundesland durch einen beschlossenen EU-Rechtsakt die Subsidiarität gefährdet sieht, ist die Bundesregierung verpflichtet, Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben. /kh

## Stärkung des Subsidiaritätsprinzips in der EU

gebung beteiligt. Bayern werde dabei Wächter der Subsidiarität sein, kündigte Söder an. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel hin zu einer echten Subsidiaritätskultur in der EU.“ Zur Durchsetzung der Subsidiarität stelle der Reformvertrag den Ländern noch ein weiteres neues Instrument zur Verfügung: Die Bundesländer könnten – ebenso wie der Ausschuss der Regionen – Klage beim Europäischen Gerichtshof erheben, wenn die EU das Subsidiaritätsprinzip und damit ihre Rechte verletzt.

### Stärkung des Subsidiaritätsprinzips: Das sagen die Fraktionen dazu

**CSU:** „Mit dem Vertrag von Lissabon erhalten die nationalen Parlamente – und in Deutschland die Landesparlamente über den Bundesrat – die Möglichkeit, die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips gegenüber den europäischen Organen geltend zu machen. Die Europäische Kommission muss sich mit diesen Stellungnahmen auseinandersetzen, und unter bestimmten Voraussetzungen muss der Gesetzgebungsvorschlag revidiert werden. Für uns kommt es nun darauf an, bei allen Vorschlägen, die in die Kompetenz der Landesparlamente fallen oder deren Auswirkungen für die Länder von Bedeutung sind – weil unnötige Bürokratie oder wettbewerbsrechtliche Nachteile drohen –, rechtzeitig zu prüfen, ob

das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt wird. Diese Subsidiaritätsprüfung stärkt die Stellung der Landtage in europapolitischen Fragen. Außerdem begrüßen wir das neue Klagerecht des Ausschusses der Regionen bei Subsidiaritätsverstößen. Für uns bedeutet dies, die neuen Regelungen zur Subsidiarität und die klare Kompetenzabgrenzung in der Praxis einzufordern und damit dem neuen Instrument Wirkung zu verleihen.“

**SPD:** „Grundsätzlich begrüßen wir es, wenn künftig Zuständigkeiten der EU deutlicher von



Information für Bürger: Die 27 EU-Mitgliedstaaten auf einer mobilen Landkarte. Foto: Poss

nationalen Zuständigkeiten abgegrenzt werden. So wird sichergestellt: Regelungen und Maßnahmen werden genau dort angesiedelt, wo sie am effizientesten sind. Stirnrundeln bereitet uns allerdings die Rede von Bayern als dem Wächter der Subsidiarität. Die Staatsregierung maßt sich hier wieder einmal eine Rolle an, der sie nicht gewachsen ist. Sorgen bereitet uns vor allem, wie die Staatsregierung offensichtlich das Instrument der Subsidiaritätsklage versteht. Dieses Klageinstrument ist ein mächtiges Instrument. Es ermöglicht den nationalen Parlamenten sowie dem Ausschuss der Regionen einen grundsätzlichen Einspruch gegen die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der EU, und das ist auch gut so. Denn es gibt durchaus Fälle, in denen ein solcher Einspruch berechtigt ist. Allerdings muss mit einem solchen Instrument auch verantwortlich umgegangen werden. Der Bundestag hat dem Rechnung getragen: Ein Viertel der Mitglieder muss eine Subsidiaritätsklage unterstützen.“

**Bündnis 90/Die Grünen:** „Der Vertrag von Lissabon ist sicherlich nicht perfekt. Der Weg nach Europa wird noch lang sein. Mit dem Reformvertrag aber wird die demokratische Struktur Europas gestärkt. Wichtig ist für uns Grüne, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Rechte und das Europäische Parlament mehr Einfluss erhält. Damit schafft dieser Vertrag

die Voraussetzungen, das Erfolgsprojekt der europäischen Einigung fortzusetzen. Befürchtungen, Deutschland mit seiner föderalen Struktur würde durch den Vertrag geschwächt, sind unbegründet. Im Gegenteil: Der Einfluss der Länder wird beispielsweise durch die Einführung eines Subsidiaritätsklagerechts gestärkt. Die Europakritiker haben also keinen Anlass, den Einigungsprozess schlechztreden. Um die in der Bevölkerung aber immer noch weit verbreitete Europa-Skepsis zu überwinden, müssen viele Politiker gerade auch in Bayern damit aufhören, alles was schlecht läuft, Europa anzulasten und die eigene Verantwortung zumindest verbal nach Brüssel abzuschieben.“ /kh

### Lexikon

#### Subsidiaritätsprinzip

Gemäß der erweiterten Definition des Subsidiaritätsprinzips im EU-Reformvertrag (Art. 5) wird die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können“. Kurz: Was von den Regionen selbst erledigt werden kann, soll nicht von Europa geregelt werden. /kh

## Stärkung des Subsidiaritätsprinzips in der EU

### Interview mit Ursula Männle (CSU) zur Bedeutung des Ausschusses der Regionen: „Der Tiger bekommt Zähne“

*Eine wichtige Plattform der Subsidiarität innerhalb der EU ist der Ausschuss der Regionen, in dem der Freistaat von 2006 bis 2010 mit zwei Mitgliedern vertreten ist: Neben Europaminister Markus Söder, dem Vertreter der Staatsregierung, hat auch das Parlament einen Sitz. Diesen hat Ursula Männle (CSU) inne. Die 64-jährige Sozialwissenschaftlerin war 1979 bis 1980 und 1983 bis 1994 Bundestagsabgeordnete, bevor sie 1994 zur bayerischen Staatsministerin für Bundesangelegenheiten avancierte (bis 1998). Im Jahr 2000 rückte sie in den Landtag nach, 2003 wurde sie stellvertretende Vorsitzende im Europaausschuss. Als Mitglied des AdR ist sie eine unermüdliche Kämpferin für das Subsidiaritätsprinzip. „Maximilianeum“ sprach mit ihr:*

#### **Der Ausschuss der Regionen hat rein beratende Funktion. Ist er ein zahnloser Tiger?**

Nicht unbedingt. Immer öfter kommen die Kommissare zu den Sitzungen und stellen sich der Diskussion. Früher haben sie ihr Statement abgegeben und sind wieder abgerauscht. Offenbar hat man gemerkt, dass im AdR viel Verankerung nach unten ist, dass hier vermittelt wird, was in Europa passiert. Die EU ist ja darauf angewiesen, dass ihr Handeln akzeptiert wird.

#### **Der zweite Sitz, den Bayern vorübergehend innehat, ist mit Ihnen, einer Landtagsabgeordneten, besetzt. Trägt das auch zur Verankerung bei?**

Ja. Und interessanterweise sind die Parlamente in anderen Bundesländern selbstverständlicher einbezogen: Oft wird das von der Landesregierung entsandte Ausschussmitglied durch einen Parlamentarier vertreten. Für Bayern sollten wir uns das auch überlegen. Ab 2010, wenn die neue

Mandatsperiode startet, ist das Parlament wieder außen vor. Da haben wir eine gewisse Lücke.

#### **Warum ist es für Bayern wichtig, überhaupt im Ausschuss vertreten zu sein?**

Wir legen großen Wert auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, und da muss noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Wir müssen immer wieder die Stimme erheben und sagen, überlegt mal, muss das überhaupt auf EU-Ebene geregelt werden.



#### **Welche Erfolge können Sie vorweisen?**

Einen großen Erfolg hatten wir beim Beschaffungswesen in den Kommunen. Das klingt unspektakulär, aber da ging es darum, was europaweit ausgeschrieben werden muss und um Normen. Wenn ich mir vorstelle, dass man Schneeräumer europaweit ausschreiben muss, das ist doch kurios. Wir haben eine große Aktion gemacht mit 80 bis 90 Änderungsanträgen im Plenum. Da wurde dann die Notbremse gezogen.

#### **Würden Sie sich mehr Kompetenzen wünschen?**

Natürlich. Aber vom 1. Januar 2009 an haben wir immerhin Klage-recht. Außerdem gibt es dann eine Subsidiaritätskontrolle: Wenn ein Drittel der nationalen Parlamente innerhalb acht Wochen einer Vorlage widerspricht, muss die Kommission Stellung beziehen. Widerspricht die Hälfte der Parlamente, muss etwas geändert werden. Da bekommt die Subsidiarität Zähne, wenn auch nur Milchzähne. [/asa](#) [➔ MEHR](#)

### Ausschuss der Regionen (AdR)

Der Ausschuss der Regionen (AdR) beruht auf dem Gedanken, dass sich Europa von unten nach oben aufbaut und ist direkter Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips. 1994 hat der Ausschuss seine Arbeit aufgenommen. 344 Vertreter aus regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften der gesamten EU gehören ihm an. Heute wird der AdR in fast alle Bereiche der EU-Gesetzgebung einbezogen: von der Beschäftigungspolitik bis hin zu Verkehr, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur.

Ob der Freistaat Vertreter der Staatsregierung oder Parlamentarier in den AdR entsendet, diese Frage wird sich 2010 neu stellen. In der dann neu beginnenden Mandatsperiode wird Bayern wieder über nur einen Sitz (samt Stellvertreter) verfügen wie vor 2006. Männles jetzigen Sitz hatte übrigens auch die Opposition im Maximilianeum für sich reklamiert: Qua Amt stehe er dem Europa-Ausschuss-Vorsitzenden Martin Runge (Bündnis 90/Die Grünen) zu, so die Argumentation.

Der AdR ist auch Initiator des 2007 ins Leben gerufenen Subsidiaritätsnetzwerks. Es bietet den Regionalparlamenten ein zusätzliches Forum, um sich über Subsidiaritätsaspekte auszutauschen. [kh/asa](#) [➔ MEHR](#)

Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

## Expertenanhörung zum Versammlungsrecht

### Gesetzentwurf der Staatsregierung stößt bei Verfassungsrechtlern auf geteiltes Echo.

Während Vertreter von Polizei und Behörden Klarstellungen bei der Genehmigung von Demonstrationen und Aufmärschen begrüßten, warnten Rechtswissenschaftler und Fachanwälte vor einer massiven Einschränkung der in der Verfassung verbrieften Versammlungsfreiheit. Mit ihrem Gesetz will die Staatsregierung nach eigenem Bekunden Verbote rechtsextremistischer Aufzüge erleichtern und insgesamt die Gefahr von gewalttätigen Ausschreitungen minimieren.

Der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung am Landratsamt Wunsiedel, Michael Unglaub, bezeichnete die Neuregelungen größtenteils als „begrüßenswert“. Wunsiedel leidet seit über 20 Jahren unter den provokanten Aufmärschen rechter Gruppen am Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, der auf dem Friedhof der Kreisstadt im Fichtelgebirge begraben liegt. Bedenken



äußerte er gegen die neue Möglichkeit, im Fall „unzumutbarer Einschränkungen der Rechte Dritter“ eine Demonstration verbieten zu können. Dies könne bei Bürgern die nicht haltbare Erwartung wecken, dass Kundgebungen in ihrem Wohnumfeld verhindert werden könnten.

#### Ausdruck einer „wehrhaften Demokratie“

Der Münchner Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer hob die neuen Pflichten für Versammlungsleiter hervor. Damit werde der Veranstalter einer Kundgebung bei Auflagen-

verstößen noch mehr in Haftung genommen. Das Gesetz schaffe mehr Rechtsklarheit und sei Ausdruck einer „wehrhaften Demokratie“. Die Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden würden konkretisiert.

Die Erfahrungen aus dem Blickwinkel eines Demonstrationsveranstalters brachte der Münchner Rechtsanwalt Hartmut Wächtler ein. Das neue Versammlungsrecht werde zu einer Bürokratisierung von Kundgebungen führen und wegen der zusätzlichen Auflagen abschreckend auf Veranstalter wirken. „Damit können die Behörden missliebige Versammlungen leichter verhindern“, warnte er. Zudem führe das Gesetz auslegungsfähige „Schwamm-begriffe“ ein, die die Rechtsunsicherheit eher erhöhten. Der Gesetzentwurf zeichne sich insgesamt durch eine „versammlungsfeindliche Tendenz“ aus, die Gefahr polizeilicher Willkür im Umfeld von

Demonstrationen verschärfe sich. Der Würzburger Rechtsgelehrte Helmuth Schulze-Fielitz erklärte, die Vorlage sei sehr polizei- und verwaltungsfreundlich und setze zu wenig auf die Vernunft der demokratischen Kräfte. Zudem widerspreche das Gesetz dem Artikel 113 der Bayerischen Verfassung, wonach sich alle Bewohner Bayerns ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet versammeln dürften. „In diesem Entwurf stecken so viele offene Fragen, es ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Verwaltung und Justiz“, prophezeite Schulze-Fielitz. Der Verfassungsrichter Klaus Hahnzog betonte, der sich vermeintlich nur gegen Rechts- und Linksradikale wendende Entwurf betreffe letztlich alle Kundgebungen.

Der Berliner Staats- und Verwaltungsrechtsprofessor Ulrich Battis sprach der Staatsregierung dagegen seine Anerkennung dafür aus, mit dem Gesetzentwurf die neuen Gestaltungsspielräume aus der Föderalismusreform mutig genutzt zu haben. Konfliktfelder sah er im Bereich des Datenschutzes bei polizeilichen Bild- und Tonaufnahmen. Außerdem sei das Militanzverbot „zu unbestimmt und daher missbrauchsanfällig“.

*/jum*

## Schützt Gesetzentwurf die Versammlungsfreiheit?



Versammlungsfreiheit

*Artikel 113 der Bayerischen Verfassung sowie Art. 8 des Grundgesetzes verbürgen das Grundrecht der Versammlungsfreiheit.*

*In der Bayerischen Verfassung heißt es: „Alle Bewohner Bayerns haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.“ „Maximilianeum“ befragte Vertreter der drei Landtagsfraktionen, ob das von der Staatsregierung vorgelegte bayerische Versammlungsgesetz das Grundrecht der Versammlungsfreiheit verletzt.*

/kh

### Stimmen aus den Fraktionen

#### Peter Welnhofner (CSU):

Die Versammlungsfreiheit wird durch die Neuregelung des Versammlungsgesetzes nicht gefährdet. Die Grundrechte der Versammlungsteilnehmer bleiben gewahrt. Es geht nicht darum, Versammlungen zu verhindern oder auch nur zu erschweren. Wir müssen es den Sicherheitsbehörden jedoch ermöglichen, gegen gewalttätige Demonstranten vorzugehen, um die friedlichen Versammlungsteilnehmer zu schützen. Es handelt sich bei den Neuerungen im Gesetz weniger um Verschärfungen des geltenden Rechts als vielmehr um die längst überfällige Schaffung gesetzlicher Grundlagen, die es ermöglichen, wirksam z.B. gegen Neonazi-Aufmärsche vorzugehen. Es ist unverständlich, dass sich nun gerade diejenigen gegen das Gesetz aussprechen, die sonst gegen Rechtsradikale demonstrieren. Wir werden das Ergebnis der Anhörung sorgfältig auswerten. Sollte noch Präzisierungsbedarf bestehen, so werden wir nachjustieren. Bereits jetzt können wir aber festhalten, dass es sich um einen praxistauglichen Gesetzentwurf handelt.



#### Franz Schindler (SPD):

Nach der heftigen Kritik der Experten bei der Landtagsanhörung fordere ich die Staatsregierung auf, diesen Gesetzentwurf zurückzunehmen. Denn es wird damit das Versammlungsrecht in Bayern in unzumutbarer und unzulässiger Weise eingeschränkt. Das Versammlungsrecht ist ein von der Verfassung in besonderer Weise geschütztes Grundrecht, das wir Sozialdemokraten nicht angetastet sehen wollen. Die Staatsregierung schießt weit übers Ziel hinaus. Das Verbot einer Versammlung wird erheblich erleichtert: So soll es möglich sein, eine Versammlung zu verbieten, wenn Rechte Dritter beeinträchtigt werden. Damit würde eine „Gummiklausel“ eingeführt, die es ermöglicht, individuelle Rechte Dritter, zum Beispiel des Straßenverkehrs oder von Grundstückseigentümern, gegen das Recht auf Versammlung auszuspielen. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung ist obrigkeitstaatlich und verletzt Grundrechte wie etwa bei den Filmaufnahmen. Die vielen Einschränkungen führen zu einer weiteren Bürokratisierung.



#### Christine Kamm (Bündnis 90/Die Grünen):

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einschränkung des Versammlungsrechts stieß auf massive Expertenkritik. Moniert wurden die Bürokratisierung des Versammlungsrechts, die inhaltliche Kontrolle der Versammlungen, die Ausweitung der Verbotstatbestände, die Bevollmächtigung der Polizei, Versammlungen zu überwachen, zu filmen und abzuhören. Mit der Erfassung der persönlichen Daten der Veranstalter, Leiter und Ordner bergen schon die Einschränkungen des Datenschutzes die Gefahr, dass Versammlungsteilnehmer von der Teilnahme abgehalten werden, weil sie nicht abschätzen können, welche Folgen die Datenspeicherung haben. Die Vielzahl der Auflagen, Verbotsmöglichkeiten, Ausweitung der Straftatbestände wie des Strafmaßes wirken umso schlimmer, als sich Veranstaltungsleiter wie Teilnehmer in erheblicher Rechtsunsicherheit bewegen. Die Verfassungsrechtler hatten erhebliche Zweifel, ob das geplante Gesetz mit dem Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung vereinbar ist. Wir fordern dringend seine Rücknahme.



# Diäten folgen der Einkommensentwicklung

## Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ermittelt die maßgebliche Indexzahl

*Die Diäten der bayerischen Landtagsabgeordneten steigen zum 1. Juli 2008 um 2,7 Prozent auf 6416 Euro. Die Steigerungsrate spiegelt dabei die Einkommensentwicklung im Vorjahr (2007) wider.*

Die Entschädigung der bayerischen Landtagsabgeordneten (Diäten) wird seit 1995 durch das im bayerischen Abgeordnetengesetz festgeschriebene, so genannte „Indexierungsverfahren“ geregelt. Frühere Vorwürfe einer „Selbstbedienung“ des Parlaments sind seitdem verstummt, denn nach der Indexierungsregelung entwickeln sich die Diäten ausschließlich nach den durchschnittlichen Monatsentgelten der erwerbstätigen Arbeitnehmer und Beamten in Bayern. Die maßgebenden Indexzahlen werden dabei nicht vom Landtag selbst ermittelt, sondern



von einer neutralen Stelle, dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Jeweils bis zum 1. März eines Jahres teilt das Landesamt die Maßzahl der Einkommensentwicklung im Vorjahr dem Landtagspräsidenten mit, der daraufhin die Veröffentlichung des neuen Entschädigungsbetrags im Gesetz- und Verordnungsblatt veranlasst.

### Bewährtes Modell

Das Verfahren, das erstmals zu Beginn der 13. Wahlperiode im Jahr 1995 mit Zustimmung der beratenden Diätenkommission eingeführt worden war, hat sich bewährt: Auch in der 14. und 15. Wahlperiode wurde es beibehalten. Und bei einem Anfang Mai stattgefundenen

Treffen der Diätenkommission mit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Beratung von Fragen des Abgeordnetenrechts (siehe Lexikon) kam zum Ausdruck, dass eine Fortfüh-

rung dieses Verfahrens auch in der 16. Wahlperiode, also ab Herbst 2008, von allen Seiten befürwortet würde. Nach bayerischem Vorbild

*Fortsetzung Seite 9*

### Lexikon

#### Diätenkommission

Die Diätenkommission, die in Bayern als erstem Bundesland im Jahre 1979 ins Leben gerufen wurde, hat die Aufgabe, den Landtagspräsidenten bei Änderungen von Leistungen für Mandatsträger zu beraten. Ihre sieben unabhängigen Mitglieder werden jeweils zu Beginn einer Wahlperiode auf Vorschlag des Ältestenrats vom Landtag berufen. Zu ihrem Vorsitzenden hat die Kommission in dieser Wahlperiode Heinrich Oberreuter, Professor für Politikwissenschaft und Direktor der Akademie für politische Bildung in Tutzing, gewählt. Die weiteren Mitglieder der Kommission sind Manfred Bengel (Präsident der Notarkasse), Günther Goth (Siemens AG), Rolf von Hohenhau (Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V.), Hildegund Holzheid (Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs a.D.), Manfred Schoch

(Gesamtbetriebsratsvorsitzender der BMW AG) sowie Manfred Scholz (Ehrenpräsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.), der Anfang 2008 verstorben ist.

#### Interfraktionelle Arbeitsgruppe

Um Fragen des Abgeordnetenrechts zu beraten und Gesetzesänderungen vorzubereiten, hat 1990 der Ältestenrat die Bildung einer Interfraktionellen Arbeitsgruppe beschlossen. Diese wird ebenfalls jeweils zu Beginn einer Wahlperiode gebildet. Der Arbeitsgruppe gehören zwei Mitglieder jeder Fraktion an. Den Vorsitz hat derzeit Thomas Kreuzer (CSU). Seine beiden Stellvertreter sind Landtagsvizepräsident Peter Paul Gantzer (SPD) und Christian Magerl (Bündnis 90/Grüne). Weitere Mitglieder sind Peter Welnhöfer (CSU), Susann Biedefeld (SPD) und Christine Stahl (Bündnis 90/Die Grünen).



## Abgeordneten-Diäten

haben übrigens auch die Landtage von Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ihre Diätenanpassungen geregelt.

Über die Fortsetzung des Indexierungsverfahrens wird jeweils zu Beginn einer Wahlperiode in einem Gesetzgebungsverfahren und damit vor den Augen der Öffentlichkeit entschieden. Dies eröffnet die Möglichkeit, die Einzelheiten des Verfahrens zu aktualisieren, insbesondere statistische Veränderungen bei der Zusammensetzung der Bezugsgruppen nach den Angaben des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung zu berücksichtigen.

### Kostenpauschale

Ein Indexierungsverfahren gibt es im Übrigen seit 1995 auch für die Abgeltung der durch das Mandat veranlassten Aufwendungen, wie z.B. für die Einrichtung und Unterhaltung des Büros im Stimm- und Wahlkreis, für die PKW-Aufwendungen und Reisekosten sowie für alle allgemeinen Unkosten. Für die Anpassung der hierfür bestimmten Kostenpauschale ist die Entwicklung des Verbraucherpreisindex im Vorjahr maßgebend. Dieser Preisentwicklungssatz wird gleichfalls vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ermittelt. Zum 1. Juli 2008 steigt die Kostenpauschale nach diesem Verfahren um 2,0 Prozent auf 3009 Euro. /sto

## Bürgerkulturpreis 2008 des Bayerischen Landtags



### Ein Preis für mehr Miteinander

*Menschen und Projekte, die sich für ein besseres Miteinander von Zuwanderern und Einheimischen einsetzen, stehen heuer im Fokus des Bürgerkulturpreises, den der Bayerische Landtag alljährlich verleiht. „Initiativen zur interkulturellen Zusammenarbeit und zur Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft“ können sich bis 31. Juli 2008 bewerben.*

Sie leben seit Jahren in Deutschland, und doch sind einige noch nicht angekommen: Gastarbeiter, Asylberechtigte oder Spätaussiedler haben es oft schwer, sich in ihrer neuen Heimat einzubringen. „Integration“

*„Initiativen zur interkulturellen Zusammenarbeit und zur Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft“ heißt das diesjährige Leitthema des Bürgerkulturpreises. Foto: dpa*

heißt das Zauberwort, das im Idealfall bewirkt, dass sich die Kulturen gegenseitig bereichern.

### Werte und Regeln akzeptieren

Dabei bedeutet Integration nicht Assimilation: „Wir dürfen und können von Mitbürgern aus anderen Kulturen nicht fordern, dass sie ihre kulturelle Identität völlig aufgeben“, erklärt Landtagspräsident Alois Glück. Aber im Interesse eines friedvollen Zusammenlebens müsse man erwarten, „dass sich Zuwanderer in unsere Gesellschaft integrieren, indem sie unsere Werte und Regeln akzeptieren und sie auch leben“. Neben der

Bereitschaft der Einwanderer erfordert das auch Unterstützung von Seiten der deutschen Gesellschaft. Solch bürgerschaftliches Engagement steht 2008 im Zentrum des Bürgerkulturpreises.

Der Preis ist mit 26000 Euro dotiert und kann auf mehrere Preisträger verteilt werden. Verbände, Vereine oder Selbsthilfeeinrichtungen, die in diesem Bereich aktiv sind, können sich nicht nur selbst bewerben – sie können auch von Dritten für die Auszeichnung vorgeschlagen werden. Voraussetzung ist, dass das Projekt seit mindestens einem Jahr läuft. Wer den Preis erhalten soll, darüber entscheidet ein Beirat unter Vorsitz des Landtagspräsidenten, zusammengesetzt aus Vertretern der Landtagsfraktionen, der bayerischen Landtagspresse sowie von Gemeinde- und Städtetag. Die Verleihung findet voraussichtlich Anfang Dezember statt.

Bewerbungsformulare und nähere Informationen gibt es unter [www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de) oder unter Tel. 089 4126-2731 bzw. per E-Mail an [renate.mayer@bayern.landtag.de](mailto:renate.mayer@bayern.landtag.de). Bewerbungen an: Bayerischer Landtag, Maximilianeum, 81627 München, Stichwort: Bürgerkulturpreis. /AK

## Mandatswechsel im Landtag

### Sieben Landtagsabgeordnete arbeiten seit Anfang Mai als Landräte oder Bürgermeister

*Sieben Politiker haben mit Wirkung zum 5. Mai ihre Abgeordnetenmandate im Maximilianeum gegen Posten als Landräte und Bürgermeister in Bayerns Landkreisen und Kommunen getauscht. Für die sechs CSU-Männer und den einen SPD-Politiker sind vier Herren und drei Damen nachgerückt.*



Franz Meyer



Walburga Fricke

Gleich zwei der Landtagsabgeordneten a.D. sind nunmehr in Passau politisch aktiv und werden dort in Zukunft wahrscheinlich noch mehr miteinander zu tun haben, als dies in

München der Fall gewesen ist: Der ehemalige Finanzstaatssekretär **Franz Meyer** (CSU) kümmert sich als Landrat um die Geschicke des Landkreises Passau; **Jürgen Dupper** (SPD), bis Ende April stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, ist seit 1. Mai Oberbürgermeister der Dreiflüssestadt.



Jürgen Dupper



Udo Georg Egleder

Der für seine Bodenständigkeit bekannte Meyer gehörte dem Bayerischen Landtag seit 1990 an und wurde am 5. Mai von **Walburga Fricke** (CSU) ersetzt. In einem Alter, in dem andere ihren Lebensabend genießen – die ehemalige Gymnasiallehrerin wird im September 72 Jahre alt –, wird Fricke bis zu den Landtagswahlen als Mitglied an den Sitzungen des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes teilnehmen.

**Udo Georg Egleder** (SPD), der Jürgen Dupper beerbt, sind die Abläufe im Maximilianeum vertraut, war er doch von 1994 bis 2003 bereits schon einmal Landtagsabgeordneter. Damals war der Sozialdemokrat Mitglied im Bildungsausschuss; für die verbleibende Legislaturperiode wird der Niederbayer dem Haushaltsausschuss angehören.



Karl Döhler



Hans Hausmann

Ebenfalls ein alter Hase in Sachen bayerische Landespolitik ist **Hans Hausmann** (CSU): Von 1990 bis 2003 war er im Maximilianeum vertreten und wirkte als Mitglied im Sozialausschuss mit. Der Mann, der CSU-intern als „Ombudsmann für die Belange vor Ort“ gilt, ist diesmal Mitglied im Europaausschuss. Für die

Zeit nach der Landtagswahl will Hausmann nicht mehr kandidieren. Dennoch nimmt er seine Arbeit als Ersatzmann von **Karl Döhler** ernst, der nunmehr als Landrat im Landkreis Wunsiedel wirkt.



Jakob Kreidl



Martin Fink

Auch **Martin Fink** (CSU) hat bereits die Abgeordnetenbank gedrückt: 2002 sprang er als Ersatz für Peter Gauweiler ein und ist vielen als fleißiges Mitglied im Petitionsausschuss in Erinnerung geblieben. Diesmal gehört er dem Kommunalausschuss an und ersetzt **Jakob Kreidl**, der zum neuen Landrat in Miesbach gewählt wurde. Kreidl war Mitglied des Landtags seit 1994.

*Lesen Sie weiter auf Seite 11*

## Mandatswechsel im Landtag



Herbert Rubenbauer



Karl Holmeier

Reichlich kommunalpolitische Erfahrung bringt **Karl Holmeier** (CSU) mit. An seiner neuen Wirkungsstätte, dem Maximilianeum, wird er in zwei Ausschüssen sitzen: im Agrar- und im Europaausschuss. Holmeier rückt für seinen Parteifreund **Herbert Rubenbauer** nach. Dieser hat nach 14 Jahren als Landtagsabgeordneter das Amt des Bürgermeisters im fränkischen Ebnath übernommen.

**Lydia Pflanz** (CSU) engagiert sich künftig im Sozial- und im Europaausschuss des Landtags,



Martin Sailer



Lydia Pflanz

der für sie bislang Neuland ist. Die gelernte Erzieherin und ausgebildete Psychotherapeutin ersetzt **Martin Sailer**, der nach einer Legislaturperiode im Alter von 38 Jahren zum Landrat von Augsburg gewählt wurde.



Günther Babel



Karin Halbig

Dass sie sich auf ihre neue, wenn auch temporäre Aufgabe als Landespolitikerin freut, sagt auch **Karin Halbig** (CSU). Die Rechtsanwältin gehört zwei Ausschüssen an: dem Petitions- und dem Umweltausschuss. Dieses Wirken ist durch das Ausscheiden von **Günther Babel** ermöglicht worden: Er ist mittlerweile Rathauschef in seinem Geburtsort, dem mittelfränkischen Wassertrüdingen. Von dort war der ehemalige Lehrer für nicht ganz eine Legislaturperiode an Sitzungstagen nach München gependelt.

/Alexandra Kournioti

Fotos: Bildarchiv Bayerischer Landtag

## Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz auf der IFAT



### Messe-Rundgang

Im Rahmen einer auswärtigen Sitzung hat der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz die **Internationale Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling (IFAT 08)** auf dem Münchner Messegelände besucht. Bei der IFAT handelt es sich um die weltweit größte und bedeutendste Messe für Umwelttechnologien und Umweltdienstleistungen.

Die vorbildlich mit der U-Bahn angereisten Abgeordneten informierten sich am 8. Mai über die Trends in der Wasserwirtschaft und die neuesten Innovationen bei Kläranlagen. Über die Vielzahl bayerischer Firmen, die auf der IFAT vertreten waren, zeigten sich die Ausschussmitglieder unter Führung ihres Vorsitzenden Henning Kaul (CSU) besonders erfreut.

/der

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

## Hürden beim barrierefreien Ausbau

*Nur 200 der rund 1000 Bahnhöfe in Bayern sind barrierefrei. Der weitere Ausbau wird sich allerdings noch lange hinziehen: Für Jahrzehnte fehlt das Geld, um die Bahnhöfe für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung leichter zugänglich zu machen.*

Genau 1002 Bahnhöfe liegen am Streckennetz der Deutschen Bahn AG in Bayern. Sie sollen die Visitenkarte der Bahn in den Städten und Gemeinden sein, für die Fahrgäste das Tor zu den Reiseangeboten. Für mobilitätseingeschränkte Menschen sind sie aber in erster Linie ein Ärgernis. Nur ein knappes Drittel der bayerischen Stationen ist barrierefrei und wird damit den Bedürfnissen gehbehinderter Menschen gerecht. Das berichtete der im Verkehrsministerium zuständige Regierungsdirektor Hans-Peter Behrendsen den Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss.

Diese zeigten sich darüber fraktionsübergreifend wenig begeistert. SPD-Fraktionsvize



*Ein barrierefreier Ausbau mit Aufzügen und Rampen ist im Freistaat nicht in Sicht. Foto: dpa*

Thomas Beyer sah vor allem außerhalb der S-Bahn-Systeme Münchens und Nürnbergs noch „erheblichen Nachholbedarf“. Da es offenbar am Geld für einen raschen barrierefreien Ausbau aller Bahnhöfe fehle, müsse die Situation durch entsprechenden Service und Personaleinsatz ausgeglichen werden. Als kontraproduktiv erweise sich nun der Wegfall von Zugbegleitern auf einigen Linien. Und dass die Bahn nun auch noch mit Ausnahme Mün-

chens abends und nachts die Umsteigegehilfen einstelle, sei eine „klare Missachtung“ von Landtagsbeschlüssen. Vor diesem Hintergrund blieb dem CSU-Verkehrsexperten Eberhard Rotter nur die Flucht in den Sarkasmus. „Die Bahn schickt mobilitätseingeschränkte Menschen um 22 Uhr zum Schlafen“, kommentierte er bitter. Aber auch zu den anderen Tageszeiten laufe es auf bayerischen Bahnhöfen für Gehbehinderte „alles andere als optimal“. Von der DB Regio als Hauptanbieter von Nahverkehrsleistungen auf der Schiene forderte er in allen Zügen ohne Niederflureinstieg den Einsatz von Zugbegleitern. Denn auch Rotter stellte fest: „Zur raschen Verbesserung der Lage hilft nur mehr Personal.“ Für den Ausbau der Bahnhöfe regte er an, Erlöse aus der Teilprivatisierung der Bahn einzusetzen.

Auf Unverständnis stieß der schleppende behindertengerechte Ausbau beim Grünen Christian Magerl. Er verwies auf den demographischen Wandel mit einer immer älter werdenden Gesellschaft. „Die Anzahl derer, die auf einen barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe angewiesen sind, wird weiter steigen“, betonte er. Die Staatsregierung wollte er dabei

nicht aus der Verantwortung lassen. Offenbar habe diese beim Abschluss des Verkehrsdurchführungsvertrages mit der Bahn dem Thema Barrierefreiheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Behrendsen machte den Abgeordneten wenig Hoffnung auf baldige Besserung. Für die Umgestaltung aller Bahnhöfe in Bayern müssten rund eine Milliarde Euro aufgewendet werden. „Das ist weder kurz- noch mittelfristig finanzier- und realisierbar“, erklärte er. Gegenwärtig stünden pro Jahr etwa 30 Millionen Euro an Mitteln zur Verfügung. Bis 2012 soll der barrierefreie Zugang an den Bahnhöfen Aschaffenburg, Augsburg, Ingolstadt, Passau, Rosenheim und Würzburg sowie München-Pasing und München-Ost verwirklicht werden. „Damit wären die wesentlichen Knotenbahnhöfe in Bayern einigermaßen befriedigend ausgebaut“, so Behrendsen. Für Landtagspräsident Alois Glück (CSU) ist das zu wenig. In einem Brief an Bahnchef Hartmut Mehdorn sprach er von einem für die Betroffenen „unerträglichen Zustand, der unverzüglich behoben werden muss“. Die Konzentration auf Knotenbahnhöfe bedeute zudem eine Abkoppelung des ländlichen Raums auf Jahre hinaus. /jum

## Oberpfalz: Lebensfreude im Überfluss

*Berge, Seen, Flüsse, Wälder – Bayern ist ein schönes Land. Bayern ist aber auch reich an Geschichte und kultureller Vielfalt. In der Serie „Typisch Bayern“ wirft „Maximilianeum“ einen Blick auf die Lebensweise, die Bräuche und die Mentalität der Menschen in den einzelnen Regierungsbezirken. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die Oberpfalz.*

*Erdgeschichtliche Urgewalten stoßen in der Oberpfalz aufeinander und bilden hier auf engstem Raum ein naturlandschaftliches Szenario von großer Schönheit. Das Dolomit- und Kalkgestein der Jurlandschaft im Westen stößt in seinem östlichen Auslauf auf*

*das Granitgestein des älteren moldanubischen Gebirgszuges im Oberpfälzer und Bayerischen Wald. In der Mitte fließt die Naab in ihrem breiten Bruchschollenbecken und teilt die Oberpfalz von Norden nach Süden in zwei Hälften. Mit ihrer Mündung in die Donau, die*

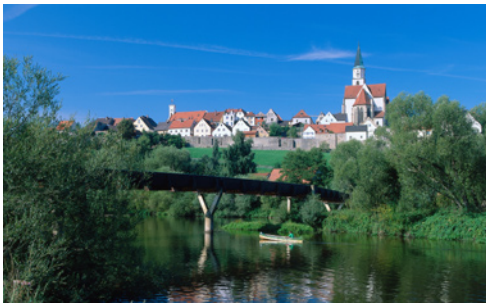
*sie am nördlichsten Punkt ihres Laufes erreicht, stellt sie die Verbindung zur Donaulandschaft her, an der die Oberpfalz noch Anteil hat. Viele kleinere Fluss- und Bachläufe aus dem westlichen Jura und dem östlichen Waldgebirge nimmt die Naab auf, einige größere wie Altmühl, Schwarze Laaber und Regen ergießen sich direkt in den Donauebenen.*

*Eine reich gegliederte Naturlandschaft ist die Oberpfalz: Im Norden weiträumige, von Granit und Basalt geprägte Mittelgebirge, nach Süden zu durch die wechselnde Begrenzung von engen Flusstälern und Höhenzügen kleinräumig strukturiertes Bergland, im Süden die Donaulandschaft. Die agrikulturelle Prägung lässt im Osten waldwirtschaftliche Schwerpunkte, im Norden und in der Mitte Teichwirtschaft, in den Trockenrasenhängen des Oberpfälzer Jura*

*im Südwesten Weidewirtschaft (Schafzucht) und im Süden vor allem Feldbau erkennen. Es gibt also fruchtbare Böden in der „kargen Steinfeld“ – aber eben auch wasserarme, steinige Hochebenen. Die beiden unverhältnismäßig großen NATO-Truppenübungsplätze in der Oberpfalz, Grafenwöhr und Hohenfels, geben Zeugnis davon. Sie sind allerdings in den letzten Jahrzehnten zum Rückzugsgebiet für selten gewordene Tier- und Pflanzenarten geworden.*

### Weltkulturerbe in der Liste der UNESCO

*Gibt die natur- und kulturlandschaftliche Gliederung der Oberpfalz schon eine gewisse Kleinräumigkeit und natürliche Vielfalt vor, so wird das durch die historische Entwicklung noch verstärkt: Besonders genannt werden muss Regensburg als heutiger Sitz der Be-*



## Essay von Dr. Franz Xaver Scheuerer, Bezirksheimatpfleger der Oberpfalz

zirksregierung. In der Römerzeit (179 n. Chr.) begründet, war es die erste Hauptstadt des alten Herzogtums Bayern und behielt während des ganzen Mittelalters den Rang einer europäischen Metropole. Der bekannte Regensburger Renaissance-Maler Albrecht Altdorfer hat dieses „mittelalterliche Wunder“ in seinen idealisierten Donaulandschaften immer wieder eindrucksvoll dargestellt. Vor kurzem wurde die

Neben diesen wittelsbachischen Gebieten, die in sich wieder geteilt wurden, traten eine ganze Anzahl von hochmittelalterlichen Adels-herrschaften und geistlichen Immunitäten (z.B. das Waldsassener Stiftland), die häufig bis zum Ende des alten Römischen Reiches Bestand hatten und in der Oberpfalz eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Kleinräumigkeit nachhaltig begründeten. Zahlreiche Burgen,

drückt ist die kulturelle Vielfalt ebenso in den traditionellen Bauweisen der Oberpfalz. Allein sieben unterschiedliche landschaftsgebundene Baustile prägen den ländlichen Kulturraum der Oberpfalz. Leider wird der landschaftsprägende Charakter dieser Traditionsbauten durch Zersiedelung der größeren und kleineren Orte und durch mangelnden Sanierungswillen immer mehr zurückgedrängt. All diesen historischen Bauformen, die sich als Bürgerhäuser in den Stadtkernen (z. B. Berching, Amberg, Weiden) noch besser erhalten haben, gemeinsam ist jedoch eine zurückhaltende Schlichtheit der geschlossenen Baukörper und eine rationelle Zweckdienlichkeit.

gut im Rahmen enger räumlicher Vielfalt und im gegenseitigen Wetteifer entwickeln. Ausgebildet wurden solche Eigenschaften schon in einem differenzierten Hammer- und Hüttenwesen, das der flusslauf- und bergbaureichen Oberpfalz die Bezeichnung als „Ruhrgebiet des Mittelalters“ einbrachte. Moderne Industrie- und Handwerkerbranchen nutzen heute diese Besonderheiten der Region aufs Neue. Wer in dieser Schilderung die Lebensfreude zu kurz gekommen sieht, der besuche eines der zahlreichen Oberpfälzer Kirta- bzw. Kirwafeste, sehe sich in den Zoiglstuben und bodenständigen Wirtshäusern um und lausche der tradierten Tanzbodenmusik. Er wird in der kulturell vielgestaltigen Oberpfalz echte altbayerische Lebensfreude im Überfluss finden.

*Eine bis auf die Spitze getriebene diplomatische Zurückhaltung, große Beharrlichkeit und ein selbstkritisch-realistischer Sinn für das Machbare.*

gut sanierte Altstadt als Weltkulturerbe in die Liste der UNESCO aufgenommen.

Die Teilungen des Hauses Wittelsbach in den Jahren von 1329 bis 1777 verschafften großen Teilen der heutigen Oberpfalz eine jahrhundertlang Zugehörigkeit zur Rheinpfalz. In dieser Zeit wurde das alte bayerische „Nordgäu“ in Oberpfalz umbenannt, um es von der tiefer gelegenen Rheinpfalz zu unterscheiden und gleichzeitig die Zusammengehörigkeit auszudrücken.

Schlösser und Residenzen geben heute noch als Baudenkmäler Zeugnis davon. Dieses kleinräumige Nebeneinander prägte eine besondere kulturelle Vielfalt aus und gab Anreiz auch zu wirtschaftlichem und gewerblichem Wettbewerb. In der reich gegliederten Oberpfälzer Sprachlandschaft spiegelt sich diese Vielfalt heute noch wider. Es gibt wohl kaum eine Sprachlandschaft in Bayern, in der so viele Varianten des Bairischen (Altbayerischen) ausgeprägt wurden, wie in der Oberpfalz. Ausge-

Erkennbar werden hier auch Eigenschaften, die den Oberpfälzern selbst trotz ihrer Unterschiedlichkeit gemeinsam sind: Eine bis auf die Spitze getriebene diplomatische Zurückhaltung, große Beharrlichkeit und ein selbstkritisch-realistischer Sinn für das Machbare.

Nicht nur die Naab verbindet den Norden der Oberpfalz mit dem Süden - auch die neben ihr herlaufende A 93. Als Symbol der modernen Aufsteigerregion weist sie auf Bürgerfleiß und Umtriebigkeit hin, die diesen Aufstieg ermöglichen. Eigenschaften also, die sich besonders



Dr. Franz Xaver Scheuerer, geboren 1949 in Laaber, ist seit 1994 Bezirksheimatpfleger der Oberpfalz. Zuvor war er im Gymnasial-lehramt tätig sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Deutsche Sprachwissenschaft der Universität Bayreuth.



## „Ein großer Gewinn für beide Seiten“ Positive Bilanz nach Parlamentarier-Reise in die kanadische Provinz Quebec

*Gesellschafts- und familienpolitische Themen standen im Mittelpunkt der viertägigen Delegationsreise des Bayerischen Landtags.*

Seit neun Jahren verbindet den Bayerischen Landtag und die *Nationalversammlung von Quebec* eine lebendige Partnerschaft: „Diese Verbindung ist ein großer Gewinn für beide Seiten. Mit keiner anderen Partnerregion haben wir einen so intensiven Austausch auf allen Ebenen“, erklärte Landtagspräsident Alois Glück zum Abschluss der Reise, die anlässlich der 400-Jahrfeier der kanadischen Provinz-Hauptstadt Mitte Mai stattgefunden hatte. Der Landtagspräsident wurde begleitet von Landtagsvizepräsident Peter Paul Gantzer, dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid, der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Margarete Bause sowie den Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU) und Linus Förster (SPD).

Die beiden durch die Partnerschaft verbundenen Regionen Bayern und Quebec sehen sich mit ähnlich drängenden Zukunftsthemen konfrontiert: Fragen der Gesellschaftsent-



*In Quebec: Bayerische Delegation mit Nationalversammlungspräsident Michel Bissonnet (5.v.r.).*

wicklung, der Familienpolitik, der Kinderbetreuung sowie der Integration von Zuwanderern bildeten deshalb die Schwerpunkte des Meinungsaustauschs mit der politischen Führung in Parlament und Regierung. Auf dem Besuchsprogramm standen u. a. Begegnungen mit Premierminister Jean Charest, mit der Ministerin für Einwanderung und kulturelle Gemeinschaften Yolande James und mit Nationalversammlungspräsident Michel Bissonnet

und weiteren Mitgliedern des 150 Abgeordnete zählenden Parlaments von Quebec sowie mit den Vorsitzenden der beiden Oppositionsfractionen.

### **Persönliche Eindrücke**

Rückblickend zu ihren persönlichen Eindrücken befragt, griffen sowohl Linus Förster als auch Margarete Bause die Begegnung mit einer Mitarbeiterin des Integrationszentrums R.I.R.E. in Quebec auf. Diese aus dem Kosovo

stammende Frau beeindruckte die bayerische Delegation mit einem kompetenten Vortrag in bestem Deutsch. Auf Nachfrage erzählte sie, dass sie sechs Jahre als diplomierte Altenpflegerin in München gearbeitet habe und vor zwei Jahren aus Bayern ausgewiesen worden sei. In Quebec sei sie als qualifizierte Fachfrau freudig aufgenommen worden. „Von dieser pragmatischen Integrationspolitik in Quebec könnten wir lernen“, fanden die beiden Oppositionspolitiker. Georg Schmid zeigte sich beeindruckt vom großen Bemühen in Quebec, die eigene Identität zu bewahren. „Das hat mir die Bedeutung der Sprache für die Integration eindrucksvoll vor Augen geführt“, so Schmid.

/kh



*Landtagspräsident Glück beim Eintrag in das goldene Buch. Links: Michel Bissonnet.*

## Gedenkstunde im Landtag

### 75. Jahrestag der Verabschiedung des bayerischen Ermächtigungsgesetzes

*Mit einer Gedenkstunde im Maximilianeum vor mehr als 200 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften hat die SPD-Fraktion am 29. April der Verabschiedung des bayerischen Ermächtigungsgesetzes vor 75 Jahren gedacht.*

Am 29. April 1933 hatte der Landtag mit großer Mehrheit jenem Gesetz zugestimmt, das in Bayern das Ende der Demokratie besiegelte und, wie Fraktionsvorsitzender Franz Maget erklärte, „den Weg in die schlimmste Katastrophe unserer Geschichte“ ebnete. Lediglich die anwesenden 16 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, so Maget, hätten damals die Tapferkeit und die Standfestigkeit aufgebracht, in namentlicher Abstimmung gegen das Gesetz zu votieren.

Die Verabschiedung des sogenannten „Gesetzes zur Behebung der Not des bayerischen Volkes und Staates“ vom 29. April 1933 folgte dem Muster des Berliner Reichstags. Damit

konnte fortan auch die Staatsregierung in Bayern Gesetze ohne parlamentarische Kontrolle erlassen und dabei nach Belieben gegen die Verfassung verstoßen. Zwar hatte das bayerische Ermächtigungsgesetz nur symbolische Bedeutung, da die Nationalsozialisten längst die Macht ergriffen hatten. Dennoch hätten die bayerischen Sozialdemokraten mit ihrem „Nein“ gegen das Gesetz die Ehre der Partei und der Demokratie insgesamt gewahrt, erklärte Festredner Hans-Jochen Vogel. „Darauf können wir noch heute stolz sein“, so der frühere Münchner Oberbürgermeister und Bundesminister.

#### Eine der wichtigsten Lehren vom 29. April 1933

Damals wie heute habe eine Demokratie auf Dauer nur Bestand, wenn sie von den Menschen getragen werde. Es sei notwendig, dass sich diese „als Bürgerinnen und Bürger verstehen, die selber für die Bewahrung der demokratischen Grundregeln mitverantwortlich sind.“ Das, so [Hans-Jochen Vogel](#), sei eine der wichtigsten Lehren vom 29. April 1933.

[➤ MEHR](#) /kh

#### Besuch im Zeichen der Versöhnung



Foto: Poss

„Brückenbauer“ und „Botschafter für die Völkerverständigung“ nannte Landtagspräsident Alois Glück (Mitte) jene ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau, die Anfang Mai auf Einladung des Bayerischen Landtags von Weißbrusland, Litauen, der Ukraine und der Slowakei in die bayerische Landeshauptstadt gekommen waren. Diese kehrten damit

in ein Land zurück, in welchem sie und ihre Angehörigen in der Zeit des Nationalsozialismus unsägliches Leid ertragen und erlitten haben. „Ihre Anwesenheit heute erinnert uns daran, dass Deutschland aufgrund seiner Geschichte in besonderem Maße zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten verpflichtet ist“, sagte Landtagspräsident Alois Glück bei der Begrüßung der Gäste im Plenarsaal. Zuvor hatte ein gemeinsames Mittagessen im Landtag stattgefunden. Die osteuropäischen Besucher zeigten sich beeindruckt vom herzlichen Empfang im Maximilianeum und versicherten, bei der Rückkehr in ihre jeweiligen Heimatländer von den vielen positiven Eindrücken und Begegnungen in Bayern zu berichten.

Die Einladung in das Maximilianeum war im Zusammenhang mit der Befreiungsfeier in der [KZ-Gedenkstätte Dachau](#), an der die Gäste aus Osteuropa teilgenommen hatten, zustande gekommen. Der Dachauer Landtagsabgeordnete Blasius Thätter und Vertreter des Friedensdienstes Aktion Sühnezeichen begleiteten die Delegation. /kh



# Wettbewerb verbindet Politik und Multimedia

## Sieger präsentieren am 24. September 2008 ihre Werke im Bayerischen Landtag

*Jugendliche sind die „Seismographen“ zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen – auch was Engagement und Interesse für Politik oder die Wahlbeteiligung betrifft. Um junge Leute zu motivieren, sich mit landespolitischen Themen auseinanderzusetzen, starten das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, der Bayerische Landtag und der Verband bayerischer Bezirke gemeinsam einen Wettbewerb, der Politik und Multimedia miteinander verbindet.*

„Mit unserem Multimedia-Wettbewerb wollen wir bei den Jugendlichen die diesjährigen Landtags- und Bezirkswahlen ins Bewusstsein rücken – vor allem natürlich bei den Erst- und Jungwählern. Der Wettbewerb soll aber auch nachhaltig wirken und ebenso Jugendliche, die noch kein Wahlrecht haben, für politische Themen sensibilisieren“, berichtet Kultusstaatssekretär Bernd Sibler.

### Gefragt: Kreativität am Bildschirm

Vom 6. Juni bis zum Beginn der Sommerferien am 5. August sind Bayerns Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe aufgerufen, im

Klassenverband oder in kleineren Gruppen ein landespolitisches Thema multimedial aufzubereiten. Gefragt sind digitale Präsentationen, z. B. mit Powerpoint, oder die Gestaltung



einer eigenen Internetseite. Alle eingereichten Arbeiten werden ab Anfang August auf den [Internetseiten des Kultusministeriums](#) präsentiert. Die Sieger werden von einer Jury, die sich aus Repräsentanten der beteiligten Organisationen zusammensetzt, ermittelt. Die

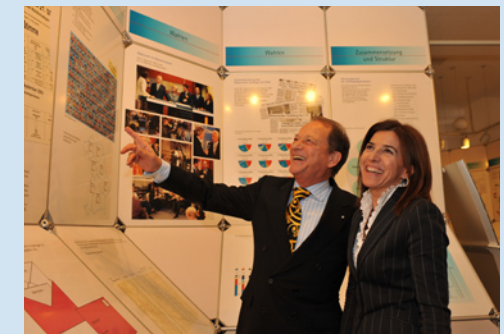
politisch kreativsten Jugendlichen werden am 24. September in den Landtag eingeladen und dürfen im Plenarsaal ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit und den Medien vorstellen. Landtagspräsident Alois Glück hat dazu die Schirmherrschaft übernommen. /kh

### CALRE-Präsidentin zu Gesprächen im Bayerischen Landtag

Auf Vermittlung von Landtagsvizepräsident Peter Paul Gantzer hat am 28. Mai Izaskun Bilbao Barandica, Präsidentin des baskischen Parlaments und Präsidentin von [CALRE](#), dem Bayerischen Landtag einen Besuch abgestattet. Auf dem Programm standen u. a. Fachgespräche mit Landtagspräsident Alois Glück, Vertretern des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie des Bayerischen Landtags und ein gemeinsames Mittagessen.

zusammengeschlossen. Insgesamt handelt es sich um 74 Regionen aus acht Ländern. Gemeinsam vertreten diese Regionen mehr als 200 Millionen Einwohner.

[MEHR](#)



Landtagsvizepräsident Peter Paul Gantzer führte Izaskun Bilbao Barandica durch das Maximilianeum.

Foto: Poss

In der [CALRE](#) – die Abkürzung steht für Conférence des assemblées législatives régionales d'union européenne – sind die Regionalparlamente aus der Europäischen Union, die über eine gesetzgebende Befugnis verfügen,

## Erster Preis beim Quiz der Jugendwebsite



### Zwei Schwestern erkunden den Landtag

Wieviele Wahlkreise gibt es bei der nächsten Landtagswahl in Bayern? Was ist eine Petition? In welchem Jahr wurde die Bayerische Verfassungsmedaille gestiftet? Auf diese und

*Im Plenarsaal: Anna Schwitalla (links) und ihre Schwester Martha.*

noch andere landespolitische Wissensfragen hatte Anna Schwitalla jeweils die richtige Antwort parat. Sie hat am Quiz der Jugendwebsite des Bayerischen Landtags teilgenommen und dabei den ersten Preis gewonnen – eine Fahrt nach München mit Besuch im Bayerischen Landtag.

„Ich interessiere mich sehr für Geschichte und Sozialkunde“, schwärmt die 16-jährige Realschülerin aus Ergolding bei Landshut. „Aber eigentlich war es ja meine ältere Schwester Martha, die mich dazu motiviert hat, beim Online-Gewinnspiel

des Bayerischen Landtags mitzumachen.“ Martha, mit 25 Jahren die älteste von insgesamt vier Schwestern, ist nicht nur Annas Firmpatin, sondern mitunter auch „Coach“ der kleinen Schwester in wichtigen Angelegenheiten. Keine Frage also, dass sie Anna bei deren Fahrt in die Landeshauptstadt begleiten durfte. Die beiden Schwestern erlebten einen eindrucksvollen Tag im Maximilianeum, bei dem sie zusammen mit Michael Schmitt vom Landtagsamt einen Blick hinter die Kulissen des Parlamentsbetriebs warfen. Auf dem Programm stand u. a. die Besichtigung des Gebäudes, der Besuch einer Plenardebatte und ein Mittagessen in der Landtagsgaststätte. Der Bayerische Landtag verlost regelmäßig attraktive Preise in seinem Wissensquiz auf der Jugendwebite. Die nächste Ziehung unter den richtigen Einsendern findet am 18. Juli statt. /kh

### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München  
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ zehnmal jährlich in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

#### Redaktion:

Axel Stehle (V.i.S.d.P., Landtagsamt)  
Katja Helmö (Landtagsamt)  
Jan Karl Dermietzel (Bayerische Staatszeitung)

#### Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online  
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München  
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

#### Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.

### „Bibliothek der verbrannten Bücher“: Kulturausschuss votiert für Augsburg

Schätzungsweise 11 000 Bände umfasst die Salzmann-Bibliothek der „verbrannten Bücher“. Über ein halbes Jahrhundert lang hat der in Gräfelfing wohnende Georg T. Salzmann diesen weltweit größten Bestand an von den Nazis verbotenen Büchern zusammengetragen – darunter viele wertvolle und zum Teil handsignierte Erstausgaben. Der Sammler sucht einen öffentlichen Träger für sein Lebenswerk. Zuletzt bemühten sich die Städte Nürnberg und Augsburg um den Zuschlag.

Der Wettbewerb der beiden Städte um die Sammlung war im Mai auch Thema im Kulturausschuss. Den Abgeordneten war erst am Abend vor der Sitzung per E-Mail eine Stellungnahme der Staatsbibliothek zur überragenden Bedeutung der Sammlung zugegangen, wenige Stunden später sollten sie bereits über den Standort entscheiden. Ausschussvorsitzender Ludwig Spaenle (CSU) verteidigte dies mit bestendem Entscheidungsdruck. Letztlich handle es sich nur um eine Empfehlung des Ausschusses. Diese fiel mit sechs zu fünf Stimmen denkbar knapp für die Augsburger Universität aus.

Zur Zeit verhandeln Staatsregierung und Salzmann weiter. Eile ist durchaus geboten, um eine schnelle wissenschaftliche Einordnung und vor allem eine konservatorische Unterbringung zu gewährleisten. Denn Papier ist zwar geduldig, aber auch empfindlich. /fu